

Politische Weiterbildung, Wissenschaft und Politik im Wandel der Beziehungen

Alte Sichten – Neue Verhältnisse

Von der Erwachsenen- und Weiterbildung ist bei Schrader 2018 noch jüngst gesagt worden, dass sie „enger als Schule und Hochschule an Veränderungen in Politik und Gesellschaft und durch die Motivationen ihrer Adressaten gebunden ist und sein möchte“. Wie aber ist es um die Hilfestellungen aus Wissenschaft und Politik bestellt? Diese verstehen sich nicht als objektiv im Sinne eines Standorts außerhalb des Geschehens. Vielmehr spiegeln sie subjektiv-erfahrungsgeleitet den Blickwinkel der politischen Bildungspraxis.



Autorin |
Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin ARBEIT und LEBEN e.V., Wuppertal
menke@arbeitundleben.de

Was die wissenschaftliche Empirie betrifft, so konstatiert diese für die Weiterbildung insgesamt ein stärkeres Wachstum ihrer erwerbsbezogenen und ein Schwinden ihrer traditionellen Zielgruppenangebote. Auch die allgemeine, nicht berufsbezogene Weiterbildung richtet sich nach allen Befunden mehr „auf alltägliche Handlungskompetenzen als auf Teilhabe an der (hohen) Kultur aus“. In dieser Hinsicht ist sogar von einem „Kurssturz des traditionellen Bildungswissens“ gesprochen worden (Schrader 2011, S. 261). Als zentraler Treiber dieser Entwicklung wird in einem beachtlichen Teil der Bildungswissenschaften der neoliberale Turbokapitalismus ausgemacht. Der „normative Ökonomismus“, so heißt es dort, sei zur „Großideologie der Gegenwart“ geworden (Radtke 2015, S. 7). Staat und Politik fänden sich nolens volens mit dieser kapitalistischen „Landnahme“ (Dörre 2016) ab, ja arbeiteten ihr mehr oder weniger freiwillig zu.

Politische Bildung spiele in diesem Zusammenhang, wie Johannes Schillo, langjähriger Redakteur des „Journals für politische Bildung“, ausführt, die Rolle der „Feuerwehr im Dauereinsatz“; von Staats wegen angelegt als „ziemlich dauerhafte Notfallmaßnahme und eben nicht als fachlich angeleitete, organisierte, diskursive und aktionsorientierte Veranstaltung“ (Schillo 2009, S. 18). Die hier skizzierte Sichtweise wird – soweit die Verfasserin das überblickt – in der Praxis der plural verfassten politischen Weiterbildung weithin geteilt, und als Beleg dazu wird auf eine seit Jahren stagnierende und in einigen

Ländern sogar rückläufige strukturelle Förderung der Träger politischer Bildungsarbeit verwiesen.

Mehr Mittel für politische Bildung

Schaut man allerdings genauer hin und nimmt vorzugsweise die jüngere Zeit in den Blick, dann kommen Zweifel auf, die sich schon an der Kürzungsthese festmachen. In Nordrhein-Westfalen jedenfalls, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, sind die erheblichen Kürzungen, die kurz nach der Jahrtausendwende die allgemeine Weiterbildung und damit auch die politische Bildung trafen, inzwischen fast komplett wieder zurückgenommen worden. Und im Bund sind die Mittel gerade für die politische Bildung in der jüngeren Zeit stetig gewachsen. Kronzeuge dafür ist Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Wie er Anfang Mai 2018 gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ äußerte, sei der Etat seiner Behörde „zuletzt von 37 auf 57 Millionen Euro gestiegen und die Zahl der Stellen (sei) von 160 auf 200 angewachsen“ (Polis 2018, S. 30).

Zweifel machen sich aber nicht nur an den Zahlen, sondern auch am übergreifenden Deutungsrahmen fest, an der vermeintlichen Dominanz ökonomisch neoliberaler Interessen, die – so die Vermutung – bis auf den Bildungs- und Weiterbildungsbereich übergriffen. Gar nicht geleugnet werden soll in diesem Zusammenhang die enorme Fähigkeit des globalen, mittlerweile digitalen Kapitalismus, ehemals wirtschaftsfreie gesellschaftliche Subsysteme mit

seinen Spielregeln zu durchdringen und zu kommodifizieren. In Deutschland belegen das Bahn, Post, Energie, Gesundheitswesen und die einstmals kommunale Wohnungswirtschaft. Gewiss sind auch Teile der Weiterbildung, wie etwa deren beruflicher Zweig, alles andere als frei von dieser ökonomistischen „Landnahme“.

Größere Sensibilität für Nachhaltigkeit

Auf die allgemeine Weiterbildung im öffentlichen Auftrag und insbesondere die politische Bildung trifft jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu, was die Soziologen Uwe Schimank und Ute Volkmann in ihrer einschlägigen Studie über gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken für das öffentliche Schulwesen festgestellt haben. Das eine wie das andere ist „von keinerlei Kommodifizierungsdynamiken affiziert“ (Schimank/Volkmann 2017, S. 99).

Gegen diese Annahme spricht auch nicht der im öffentlichen Bildungsbereich und auch bei Maßnahmen der politischen Weiterbildung unübersehbare Trend zu mehr Rechenschaftslegung und stärkerer Beachtung von Wirksamkeitsaspekten. Diese Entwicklungen sind weniger Rentabilitäts- oder Einsparüberlegungen, sondern sehr viel wahrscheinlicher der mittlerweile höheren Sensibilität für Nachhaltigkeitsgesichtspunkte (die auch für die Verausgabung staatlicher Steuermittel gilt) geschuldet und natürlich den seit PISA 2001 deutlich gewachsenen Möglichkeiten der empirischen Bildungsforschung zur Wirksamkeitsmessung.

Neue Ziel- und Akteursgruppen

Die skizzierten Ausgabensteigerungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung deuteten die Entwicklung schon an: Schaut man sich darüber hinaus die allein von der Bundesregierung für allgemeine Weiterbildung und auch für politische Bildung verausgabten Mittel einmal genauer an, dann kann von „Sparpolitik“ und einem „Staat im Ausverkauf“ (Tim Engartner) in dieser Hinsicht nicht, wohl aber von einer deutlichen Verlagerung auf andere Ziel- und Akteursgruppen gesprochen werden. Exemplarisch stehen dafür die Alphabetisierungsdekade des Bundesbildungsministeriums und das 100-Millionen-Projekt

„Demokratie leben“ des Bundesfamilienministeriums, aber darüber hinaus auch eine Reihe von sogenannten Präventionsprojekten (schon der vorigen Großen Koalition) mit den Schwerpunkten der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, „des demokratischen Bewusstseins und der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt“ (BMFFSJ/BMI 2016, S. 19 ff.). So gesehen leben wir in „neuen“ Verhältnissen, auf die bislang gängige Interpretationen, mithin die „alten Bilder“ nicht mehr so recht passen wollen.

Ohnehin orientieren sich diese alten Bilder – mehr unbewusst als bewusst – an Rolle und Funktion, Habitus und Besitzstand der sozialkulturellen Mittelschichten der Bonner Republik, zu denen im Übrigen fest auch die organisierte Arbeitnehmerschaft und Arbeiterbewegung gehörte. Die verfasste politische Weiterbildung war gerade in ihrer an den traditionellen Großgruppen orientierten Pluralität, die in den 80er-Jahren auch die grün-alternativen Bewegungen aufnahm, integrierter und integrierender Bestandteil dieser „Leitmilieus der (seinerzeitigen) Mehrheitsgesellschaft“ (Lessenich 2018). Von diesen Leitmilieus blieben und bleiben allerdings gerade in Bildung und Weiterbildung zahlreiche Menschen – jüngere wie ältere – ausgenommen. Selbst die auf die jeweiligen Stadtgesellschaften bezogenen Volkshochschulen blieben und bleiben bis heute weitgehend auf bestimmte, bildungsaffine Zielgruppen beschränkt, was sogenannte bildungsfremde Zielgruppen praktisch ausschloss und ausschließt (Brose 2014).

Große Chance zur Inklusion

Neuere wissenschaftliche Ansätze zum Verständnis dieser Zielgruppen und ihres Verhältnisses zu Bildung und Lernen (Pape 2018) machen jetzt darauf aufmerksam, dass es nicht etwa mangelndes Bildungs- oder politisches Interesse, sondern die „milieuspezifische Literalität“ dieser sogenannten bildungsfernen Zielgruppen war und ist, die sie von einer Beteiligung an den stark durch laborierte Sprachcodes beherrschten Veranstaltungen der angestammten Bildungsträger fernhielt und fernhält. Die politische Bildung machte und macht hier keine Ausnahme. Insofern könnte die von der Bundesregierung finanziell getragene Alphabetisierungsdekade allein durch die von ihrer Existenz angeregte Diskussion über politische

Literatur |

BMFSFJ/BMI: Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin 2016

Bremer, H./Pape, N.: Literalität und Partizipation als milieuspezifische soziale Praxis. In: Menke, B./Riekmann, W. (Hrsg.): Politische Grundbildung. Inhalte-Zielgruppen- Herausforderungen. Schwalbach/Ts. 2017

Brose, N.: Weiterbildung für alle? In: DIE – Report, Heft 1, Bonn 2014, S. 84–95

Dörre, K.: Grenzen der Landnahme. Der Kapitalismus stirbt nicht von allein, doch wir können ihn überwinden. In: Tauss, A. (Hrsg.): Sozialökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken. Hamburg 2016, S. 52–109

Engartner, T.: Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland. Frankfurt am M./New York 2016

Krüger, Th.: Auch den leisen Stimmen Gehör verschaffen. Lobbyismus als Thema der politischen Bildung. In: psca, Sonderheft, Wien/Kleve 2018, S. 24–25

Lessenich, S.: Der Klassenkampf der Mitte. In: Süddeutsche Zeitung, 02.01.2018

Menke, B./Riekmann, W. (Hrsg.): Politische Grundbildung. Inhalte-Zielgruppen- Herausforderungen. Schwalbach/Ts. 2017

Pape, N.: Literalität als milieuspezifische Praxis. Eine qualitative Untersuchung aus einer Habitus- und Milieuperspektive zu Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen. Münster/New York 2017

Grundbildung (Menke, Riekmann, 2017) eine große Chance zur Inklusion vormals exkludierter Zielgruppen in die politische Weiterbildung sein – auch wenn die Dekade primär natürlich andere Zwecke verfolgt.

Die Erfahrungen mit der Alphabetisierungsdekade und mit „Demokratie leben“ weisen darüber hinaus noch auf einen anderen Umstand hin: Sie belegen, dass Projekte, sollen sie nicht leuchtfeuerartig rasch und ohne nachhaltige Wirkung verglühen, langfristig, das heißt mindestens fünf, besser noch zehn Jahre laufen müssen. Erst dann können sie strukturbildend wirken und die neuen Verhältnisse, mit der Einbindung bislang abstinenter Zielgruppen, auf Dauer stellen. Schon jetzt ist dabei absehbar, dass die neuen Verhältnisse auch die Grenzen des bis heute recht engen und überschaubaren Felds der politischen Bildung durchlässiger machen werden.

Intensive Praxis-Forschungs-Kooperation

Was eine professionelle Unterfütterung der beschriebenen neuen Verhältnisse betrifft, ist das vom Bundesforschungsministerium finanzierte und vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung durchgeführte Projekt GRETA (Grundlagen für die Entwicklung eines trägerübergreifenden Anerkennungsverfahrens für die Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung) einschlägig, das sich mit Kompetenzbeschreibung, -bilanzierung und -erfassung beschäftigt. Einschlägig ist es nicht zuletzt deshalb, weil maßgebende Träger der Weiterbildung, der beruflichen wie der allgemeinen, darunter auch der politischen Bildung als Expertisepartner und Critical Friends von Anfang an in die Gestaltung des Projekts eingebunden waren. Es wäre sicher wegweisend, wenn für die neuen Verhältnisse eine solche intensivere Praxis-Forschungs-Kooperation stilbildend wirken könnte.

Eine Art Beziehungswandel – geprägt durch eine gewachsene Wertschätzung von Praxis-Expertise und einen intensiveren und somit regelmäßigeren wechselseitigen Austausch – zeichnet sich in jüngerer Zeit auch im Verhältnis der plural verfassten politischen Weiterbildung mit den einschlägigen Bundesministerien sowie der Bundeszentrale für politische Bildung ab. Das lässt spürbar mehr Kooperation bei der Entwicklung von Angeboten zu, in Ansätzen sogar so etwas wie Politikberatung. Letzteres gilt für den

„Runden Tisch“ der Bundeszentrale, aber vor allem auch im sogenannten „partnerschaftlichen Dialog“ mit dem BMFFSJ.

Ressourcen stärker bündeln

Aber auch wenn – aus Sicht der Verfasserin – die Bedeutung der politischen Bildung für die Politik und ihre Verwaltung in jüngerer Zeit zugenommen hat und wenn sich gerade auch die Träger der plural verfassten politischen Weiterbildung wieder größerer Akzeptanz in Politik und Verwaltung erfreuen, ist längst nicht alles im Lot und bleiben nicht unwesentliche Kritikpunkte offen. Zunächst einmal sind die hier beschriebenen neuen Verhältnisse lediglich projektmäßig angelegt; strukturell sind sie nicht abgesichert, das heißt, nicht auf Dauer gestellt. Darüber sagt auch der neue Koalitionsvertrag nichts, der im Übrigen die zentrale Bedeutung der politischen Bildung für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie keineswegs adäquat abbildet.

Gänzlich unbefriedigend ist regierungsseitig das Verhältnis von politischer Bildung und Digitalisierung gelöst worden. In der zentralen Vereinbarung der Koalitionspartner zu diesem technologischen und gesellschaftlichen Großthema – Digitalisierungsoffensive genannt – ist die politische Bildung schlicht vergessen worden. Schließlich herrscht nach wie vor auf der Bundesebene, was die allgemeine Weiterbildung und darin die politische Bildung anbetrifft, eine Parzellierung der Handlungs- und Arbeitsfelder vor, die eine Weiterentwicklung der skizzierten neuen Verhältnisse eher erschwert als erleichtert. Als Konsequenz dessen werden noch immer die einschlägigen Ressourcen zersplittert und zu wenig gebündelt. Dabei benötigen die Träger der verfassten politischen Weiterbildung eine verstärkte strukturelle Förderung, schon um sich an den genannten neuen Projekten der Demokratiestärkung und der Einbindung bislang (weiter-)bildungsferner Zielgruppen intensiver und auf Dauer beteiligen zu können.

Bessere Förderung der politischen Bildung

Schon diese kurze Auflistung zentraler Desiderata weist darauf hin, dass sich die beschriebenen positiven Ansätze eines Beziehungswandels im

Verhältnis von politischer Weiterbildung und Politik in der Praxis erst noch bewähren müssen. Je eher und besser das gelingt, desto rascher werden die skizzierten alten Bilder verblassen, die auch in der plural verfassten politischen Weiterbildung noch weithin virulent sind.

Voraussetzung dafür ist, dass die Weiterbildungspolitik und ihre Administration den eingeschlagenen Weg einer verbesserten Förderung und Unterstützung der politischen Bildung zur Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie samt Inklusion bislang unbeachteter, weil vorgeblich bildungsfremder Zielgruppen konsequent weitergehen. Das heißt aber auch, dass dieser Weg nicht nur aus „flüchtigen“ Projekten gebaut sein darf, sondern feste Strukturen erhalten muss. Damit dies passiert, darf und muss vielleicht gezielter noch als in der Vergangenheit von Trägerseite Lobbyarbeit geleistet werden – ganz im Sinne von Thomas Krüger, der solchen Demokratie förderlichen „positiven Lobbyismus“ noch kürzlich als einen „Garanten der Funktionsfähigkeit unseres politischen Systems“ und damit als „unabdingbar“ bezeichnet hat (Krüger 2018, S. 24 f.).

Hilfe durch Wissenschaft und Politik

Was die eingangs angesprochenen Hilfestellungen aus Erwachsenenbildung und Bildungswissenschaften betrifft, wäre es grundsätzlich hilfreich, das Framing von der Dominanz des Turbokapitalismus auch im Feld der allgemeinen Weiterbildung und politischen Bildung ein Stück weit zu differenzieren, wohl auch zu relativieren und die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik als das zu sehen (und zu erforschen), was sie heute ist: „Ein Bildungsbereich, der kontinuierlich expandiert und dabei wandlungsfähig bleibt“, der sich in den letzten Jahren mehr und mehr festgelegt hat auf einen „realistischen Bildungsbegriff, der auf Handlungsfähigkeit zielt in der Welt der Sachen und Symbole, in der Welt der Interaktionen, im Umgang mit personaler und sozialer Identität und mit grundlegenden Werten und Normen“ (Schrader 2018, S. 11).

Die Hoffnung besteht, dass Wissenschaft und Politik in der hier beschriebenen Weise mithelfen, die „neuen Verhältnisse“ in Weiterbildung und politischer Bildung vorausdenken und nachhaltig zu unterstützen; sicher davon ausgehen kann man hingegen nicht!

Fortsetzung Literatur |

- Polis: Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Heft 2, 2018
- Radtke, F.-O.: Methodologischer Ökonomismus-Organische Experten im Erziehungssystem. In: Erziehungswissenschaft, 50, 2015, S. 7–16
- Schillo, J.: Feuerwehr zum Dauereinsatz. Bildungspolitik und politische Bildung. In: Journal für politische Bildung, Heft 4, Schwalbach/Ts. 2009, S. 10–19
- Schimank, U./Volkman, U.: Das Regime der Konkurrenz. Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute. Weinheim/Basel 2017
- Schrader, J.: Struktur und Wandel der Weiterbildung. Bielefeld 2011
- Schrader, J.: Stichwort: Kontinuität und Wandel in der Erwachsenenbildung. In: weiter bilden, Ausgabe 1, 2018, S. 10 f.